

des Proletariats. Und diese ist in Italien nur in den Anfängen. Hier liegt man sehr oft in den sozialistischen Zeitungen von der Trägheit der proletarischen Masse. Das will nur sagen, daß es viel schwieriger ist, die Proletarier zu kennen und zu verstehen, als sie zu necken oder moralisch mit Ideen belehren zu wollen.

Politische Uebersicht.

„Er hefte, geküßt in des Schlafrocks Blich, lobmütig die Wölfer zum Streit.“ Man wird an die Worte, in denen Rudolf Baumbach seinen „Dichter Lump“ kennzeichnet, erinnert, wenn man sieht, wie mancherlei Litteraten vom sicheren Schreibtisch aus hohe Politik zu treiben und das deutsche Reich möglichst tief in eine Abenteuerpolitik im fernem Osten zu verwickeln bemüht sind.

Da lesen wir zunächst im Deutschen Wochenblatt, das sich gern zum Organ uferloser Projekte, wie Vimetallismus, Abschaffung des Reichstagswahlrechts u. dergl. macht, den Vorschlag, im Bunde mit Rußland und Frankreich England die Pistole auf die Brust zu setzen und unter Androhung der verlangten Räumung Ägyptens ihm die Übergabe der von uns ihm freiwillig überlassenen Insel Sansibar und anderer afrikanischer Herrlichkeiten abzunehmen. Herr Karl Kaerger wiederum schlägt in der Zukunft kurz und bündig vor, die Insel Formosa von Japan einzuhändigen und als Gegenleistung ihm die Forderung der Erwerbung Siao-Tung's „durchsetzen zu helfen“.

Echt patriotische Pläne! Im Inlande stets wachsende Notstände, eine stets steigende Unzufriedenheit der Massen: ein kleiner Kolonialspaziergang, der uns höchstens, je nach Befinden, mit England oder mit Rußland in Krieg verwickeln würde, hilft alles Uebel überwinden. Leichten Herzens, wie einst der Herzog von Grammont, nimmt man zu dem inneren Krieg, der wirtschaftlich und politisch das Heimatland zerfleischt, die Auswärtigen auswärtiger Verwickelungen, die vielleicht zu einem „sehr interessanten“ Weltkriege führen könnten, in Kauf. Und das zu einer Zeit, wo die weitesten Volksschichten an der ganzen Kolonialpolitik mit ihren Opfern an Blut und Geld, mit ihren Willkürakten und Gewaltthaten einen unüberwindlichen Ekel gefaßt haben.

Es ist ja echt fin de siècle, neue Panzerschiffe und Flottenschauen zu bewilligen, während die bescheidensten Kulturbedürfnisse unbefriedigt bleiben. Aber gegen ein so leichtfertiges Spiel mit der Existenz der Nation und den Opfern des Volkes, wie sie in derartigen Plänen liegt, wollen wir entschiedene Verwahrung einlegen. So gut die Socialdemokratie anlässlich der „orientalischen Frage“ 1877 sich den Kriegsabenteurern in den Weg gestellt hat, so entschieden protestieren wir bereits jetzt gegen alle, sei es von oben her gepflegten oder auf eigene Hand ausgehenden Weltmachtpläne, die zu unabsehbaren Verwickelungen führen müßten. Unsere Aufgabe ist die innere Kolonisation, Hebung der Verbrauchsfähigkeit des Volkes und der Ertragsfähigkeit des Bodens. Mit dieser Arbeit werden wir den „Ueberfluß“ der nationalen Kraft vollaus verbrauchen. Für weltweite Pläne danken wir. Die Folgen aber auf das Haupt derer, die ihrer Abenteuerlust glauben auf Rechnung der Nation genügen zu können.

Deutsches Reich.

Eine Rede ohne Kommentar. An alle, die es angeht!

Nun, meine Herren, es versteht sich von selbst, daß nicht alle Fälle, die der Herr Abgeordnete Grillenberger aufgeführt hat, zur Kenntnis des Ministeriums kommen. Sehr oft beruhigen sich diejenigen Personen, die von einem Versammlungsverbot betroffen worden sind, und gehen nicht beschwerend an die oberen Behörden.

(Zuruf.)

Es wird mir eben zugerufen: „Das nützt nichts!“ Ich könnte Ihnen eine ganze Menge von Fällen anführen, in denen Remedur geschaffen worden ist.

Ich will zugeben, daß es und zu eine Polizeibehörde etwas über den Strang geschlagen hat; es ist das aber ganz natürlich.

(Lachen bei den Socialdemokraten).

wenn die Agitation in einer Weise getrieben wird, die jeder Beschreibung spottet.

Das an die Kirche geklebte Plakat wurde mit Misttrauen entgegengenommen. Es war darin nicht die Rede von den zurückgebliebenen Arbeitsbüchern; hatte die Compagnie die Absicht, deren Wiederannahme zu verweigern? Und die Furcht vor Repressalien, der brüderliche Gedanke, gegen die Ausschließung der am meisten Kompromittierten zu protestieren, ließ sie noch weiter in ihrer Auflehnung verharren. Diese Proclamation sei zweideutig, sagten sie, man werde warten und werde einfahren, sobald die Herren deutlich erklärt haben werden, was sie thun wollen. Ein totes Schweigen lag über dem ganzen Dorf. Sie waren stumpf und gleichgültig selbst gegen den Hunger geworden; mochten sie sterben, sie fürchteten den Tod nicht, seit er in ihre Reihen gebrochen war.

Doch düsterer als alle anderen Häuser war das Heim der Mahens, in dem stummen Schmerze seiner Trauer. Seit die Mahende ihren Mann auf den Kirchhof hinausgeleitet hatte, sprach sie kein Wort mehr, war sie gleichgültig gegen alles, was um sie herum vorging. Sie hatte nichts dagegen gehabt, daß Stephan am Abend des Kampfes Katharinen, welche halbtot und mit Schmutz bedeckt war, wieder ins Haus führte, doch weder mit ihm, noch mit ihr wechselte sie eine Silbe. Auf die Gefahr hin, arretiert zu werden, schlief Stephan wieder mit Seanlin; denn der Gedanke, in das Dunkel des Réquillart zurückzukehren, flößte ihm solchen Widerwillen ein, daß er noch das Gefängnis vorgezogen hätte. Es schauderte ihn, wenn er an die unterirdische Höhle dachte, deren schwarze Nacht ihn mit Schreck erfüllte und mit Furcht, sobald er sich des kleinen Soldaten erinnerte, den sie dort unter dem Felsen begraben hatten. Auch kam ihm das Gefängnis wie eine Zuflucht vor, wie eine Rettung vor den Gewissensqualen seiner Niederlage.

(Fortsetzung folgt.)

II.

Die königlich sächsische Regierung wendet die Dispositionbestimmungen des Vereinsgesetzes allen Parteien gegenüber gleichmäßig an, mögen die Parteien konservativ, national-liberal, freisinnig oder socialdemokratisch sein.

(Zuruf bei den Socialdemokraten.)

Das versteht sich von selbst, meine Herren; und daß socialdemokratische Versammlungen, in denen der Umsturz gepredigt wird

(Lachen bei den Socialdemokraten).

andere behandelt werden, als harmlose unpolitische Vereinigungen oder politische Versammlungen von Parteien, die auf dem Boden unserer jetzigen Gesellschaftsordnung stehen, das werden Sie selbst gar nicht anders erwarten.

(Lachen bei den Socialdemokraten.)

III.

Die königlich sächsische Regierung würde meinen, die Pflichten, die sie gegenüber den friedliebenden Einwohnern des Landes hat, auf das größtmögliche zu verlegen, wenn sie von den Waffen, die ihr die Gesetzgebung in die Hand gegeben hat, nicht einen möglichst ausgiebigen Gebrauch machen wollte. Sie ist der Meinung, daß die Handhabung des Vereinsgesetzes, so wie sie bei uns geschieht, ihre Pflicht und Schuttpflicht ist, und möchte ich ähnlich, wie dies einmal in der sächsischen Zweiten Kammer geschehen ist, das Vereinsgesetz als ein **Zuwel unserer Gesetzgebung** bezeichnen.

(Lachen bei den Socialdemokraten).

— ja, als ein **Zuwel** unserer Gesetzgebung gerade in unserer heutigen Zeit. **Meine Regierung wird an dem Gesetz und an seiner Handhabung festhalten, so lange sie die große Mehrheit des Landtags, wie es gegenwärtig der Fall ist, hinter sich hat.**

Aus der Rede des Bevollmächtigten zum Bundesrat für das Königreich Sachsen, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers, Geheimen Legationsrates Dr. Grafen v. Hohenthal und Bergen, gehalten in der 81. Reichstags-Sitzung vom 1. Mai 1895 zur ersten Beratung des von den Abg. Luer und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition, in den stenographischen Berichten S. 2008 D; S. 2008 B, C; S. 2009 A.

Parlamentsbrief.

B. Berlin, 6. Mai. Aus dem Zustand der Beschlussunfähigkeit, in der der Reichstag die vergangene Woche hindurch verfunken war, hat ihn die Aussicht auf die zweite Lesung der Umsturzvorlage herausgerissen. Vor voll besetzten Bänken wurde die Beratung unseres Gesetzentwurfes zum Schutz des Vereins- und Versammlungsrechtes und der Koalitionsfreiheit, die am Mittwoch begonnen hatte, heute fortgesetzt.

Die Debatte eröffnete Gen. v. Elm mit einer wirkungsvollen Rede, die in dem Nachweis gipfelte, wie sehr das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter noch in den Kinderstufen steck. Befolge hierfür standen dem Redner in Ueberfluß zu Gebote. Er unterließ es dabei auch nicht, der freisinnigen Volkspartei einige bittere Wahrheiten über ihre heuchlerische Arbeiterfreundlichkeit zu sagen.

Der freisinnige Abg. Lenzmann unternahm den vergeblichen Versuch, seine Partei rein zu waschen. Er suchte einige norddeutsche freisinnige Blätter, auf deren nichtswürdige Haltung bei Arbeitseinstellungen v. Elm hingewiesen hatte, von seinem Platte fest zu stellen, daß von allen deutschen Zeitungen keines unaufrichtiger und gefährlicher über die Arbeiterbewegung berichtet. Zur Sache selber äußerte sich Herr Lenzmann namens seiner Partei übrigens entgegenkommend. Er erkannte die reaktionäre Natur der Vereinsgesetzgebung der größeren Bundesstaaten unumwunden an und sah, wenn er auch Einzelheiten bemängelte, in dem Gesetzentwurf unserer Fraktion eine brauchbare Grundlage.

In dieser Zustimmung zum Grundgedanken unseres Vorschlages fand die freisinnige Volkspartei keine Nachfolge. Die Konservativen hielten es überhaupt nicht der Mühe wert, einen Redner vorzuschicken. Handelte es sich hier doch einmal nicht um Liebesgaben für banterotte Junker, sondern nur um ein Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse. Der Redner der Wosen, Herr v. Tzarinski, klagte zwar beweglich über die Anwendung des preussischen Vereinsgesetzes gegen die Polen, von dem socialdemokratischen Antrage aber wollte er ebenso wenig etwas wissen wie Dr. Bachnick von der freisinnigen Vereinigung, der sich durch besonders chinesischnaste Anschauungen über die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben hervorthat.

Genosse Stolle führte die Debatte wieder auf Sachsen, das sich für diese Erdtrüben als unerschöpfliche Fundgrube bewährte. Fruchtbarer als anderswo erwiesen sich in diesem schönen Lande die Polizeigehirne, wenn es gilt, der Arbeiterbewegung ein Bein zu stellen. Stolle mußte lehrreiches davon zu erzählen.

Ruhiger als am vorigen Mittwoch klang die Erwiderung des Herrn v. Hohenthal. Er gab sogar zu, daß in einem bestimmten Falle die Polizei nicht richtig verfahren sei.

Der Rest der Debatte wurde durch ein Geplänkel zwischen Elm und Bebel auf der einen und Richter auf der anderen Seite über die Stellung der freisinnigen Volkspartei zu Streiks ausgefüllt. Herr Richter schnitt nicht gut dabei ab. Die Haltung der Freisinnigen Zeitung beim Buchdruckerstreik hat die Seele dieses Hausnechts des Kapitals in ihrer nackten Schönheit gezeigt.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung der beiden ersten Paragraphen unseres Entwurfes. Etwas anderes hatten wir nicht erwartet und so erwartete Singer den gegnerischen Parteien jede weitere Mühe und zog den Gesetzentwurf zurück. Erreicht haben wir doch, was wir wollten. In den zwei Tagen dieser Debatte haben wir den Finger in eine Wunde unseres öffentlichen Lebens gelegt, die verderbliche Mischständigkeit unserer bunten Vereins- und Versammlungsgesetzgebung aufgewiesen und wertvolle Beiträge zur gründlichen Erleuchtung der liberalen Fiktion vom Rechtsstaate und der Gleichheit aller vor dem Gesetz geliefert.

\* Berlin, 7. Mai. Die Centrumsfraktion ist gestern abend zur Beschlussfassung über die Umsturzvorlage zusammengetreten. — Wenn sie auf gute Weise zurück könnten. So wird wohl der Schacher fortgehen —

Am 13. d. M. wird, der Post zufolge, hier eine Kommission zusammentreten, die über die äußere Sonntagsruhe beraten soll. Den Vorsitz wird Geh. Oberregierungsrat Höpfer vom Ministerium des Innern führen. An den Verhandlungen nehmen Räte aus dem Kultus- und Handelsministerium und dem Ministerium des Innern teil. —

Um den durch die Heuschreckenplage in Not geratenen Bezirken Ostafrikas wieder aufzuhelfen, beabsichtigt man in Regierungskreisen, dem Reichstage einen dritten Nachtragsetat vorzulegen. — Ob der nur zur Vinderung der Not verwandt werden wird? —

Die Gesetzentwürfe, betreffend die Fürsorge für die Hinterbliebenen von Militärpersonen, und betreffend die gegenseitige Rechtshilfe bei Vollstreckungen sind dem Reichstage zugegangen. —

Die Wirtschaftliche Vereinigung hat ihren Margarinegesetzentwurf im Reichstage eingebracht. — Das preussische Staatsministerium trat am Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammen. Nach den Verl. Neuzeit Nachr. handelte es sich in dieser Sitzung hauptsächlich um die Stellungnahme der preussischen Regierung im Bundesrat zu den Kommissionsbeschlüssen über die Umsturzvorlage.

Im Kultusministerium wurde der Entwurf, betr. die Verordnung über die Einführung des Ärztekammer-Ausschusses und die jetzige Organisation der ärztlichen Standesvertretung vollendet. Es handelt sich der Post. Bzg. zufolge darum, dem Ärztekammer-Ausschusse, der jetzt eine private Vereinigung ist, einen amtlichen Charakter zu geben. Derselbe hat die Aufgabe, innerhalb der Zuständigkeit der Ärztekammer vermittelnd zu wirken zwischen Kultusministerium und Ärztekammer, sowie zwischen letzteren untereinander.

Das Centrum giebt nach! Die Pöln. Volksztg. schreibt zur Umsturzvorlage:

Die Mittelparteiler, insbesondere die Freikonservativen, meinen, es könnte aus der Vorlage das Herausgeschält werden, was ihnen gerade paßt, wie z. B. die Militär-Paragrafen. Das wäre aber noch schöner, daß die unbedeutendsten Parteien gerade ihren Willen „voll und ganz“ durchsetzen und die anderen großen Parteien ihnen das angenehme und schmachhafteste auf dem Präsentierteller entgegenbringen! So kommt es hoffentlich nicht, sondern entweder die ganze Vorlage fällt, oder sie wird in einer Form angenommen, bei der auch die wesentlichen Wünsche des Centrums berücksichtigt sind.

In dem Worte „wesentlichen“ liegt's! Früher hieß es: Alles oder nichts! Jetzt begnügt man sich schon mit dem „Wesentlichen“. Was aber ist „wesentlich“ oder „unwesentlich“? — Es scheint also, daß es zu einer Einigung kommen soll. Der Handel blüht. Das Volk trägt die Kosten.

Die Militärparagrafen der Umsturzvorlage sind eine schwere Gefahr für die Redefreiheit, sie machen es unmöglich, an den Einrichtungen der Heeresverwaltung Kritik zu üben. Man fasse insbesondere den ersten Teil dieser neuen Strafbestimmung ins Auge: „Wer in der Absicht, die militärischeucht und Ordnung zu untergraben, durch Wort, Schrift, Druck oder Bild gegenüber einem Angehörigen des aktiven Heeres oder der aktiven Marine das Heer oder die Marine oder Einrichtungen derselben verächtlich macht...“ Auf jede Kritik militärischer Einrichtungen kann der Kaufschußbegriff des Verächtlichmachens angewandt werden. Was aber sind militärische Einrichtungen? Darunter fallen beispielsweise das veraltete Strafverfahren mit seiner Heimlichkeit und Schriftlichkeit, der unzureichende Beschwerdeweg gegen Mißhandlungen, die schädliche Wirkung der Militärverhältnisse für den Handwerkerstand, die erdrückende Konkurrenz der privilegierten Militärarmisterei für die Privatindustrie, die Kadettenanstalten und Unteroffizierschulen mit ihrer Förderung des Kastengeistes und der Einseitigkeit, die Verwendung von Soldaten zu privaten Treibjagden der Offiziere, der Mißbrauch fiskalischer Krümpersperde zu Privatfahrten der Offiziere u. s. w. Uebt die Presse hier Kritik, so kann ein findiger Staatsanwalt aus solchen Zeitungsartikeln stets die Absicht herauslesen, „die militärischeucht und Ordnung zu untergraben“. Allerdings erfordert die neue Strafbestimmung auch, daß die Verächtlichmachung gegenüber einem Angehörigen des aktiven Heeres erfolgen muß. Aber jede Zeitung kommt aus Angehörigen des aktiven Heeres zu Gesicht, und wäre es auch nur in dieser oder jener Restauration. Der Wirt eines Lokals, wo gelegentlich auch Soldaten verkehren, wird schuldig, wenn er eine solche Zeitung auflegt, nicht minder der Expediteur oder Colporteur, der einem militärischen Abonnenten von der Zeitung eine Nummer bringt, in der ein kritischer Artikel militärischer Einrichtungen enthalten ist. Ja, noch mehr. Nicht bloß die öffentliche Kritik ist strafbar, sondern auch jede private Kritik solcher Art durch Wort wird strafbar. Eine Civilperson kann mithin schon strafbar werden, wenn sie im Privatgespräch mit einer Militärperson militärische Einrichtungen verächtlich macht. Solche Privatgespräche können strafbar werden, selbst wenn sie unter Verwandten stattfinden und eine dritte Person den Civilisten denunziert wegen Aeußerungen gegenüber einem Sohn oder Bruder, der seine Zeit abtut und sich gerade auf Urlaub zu Hause befindet.

In einem Artikel gegen den kirchlichen Liberalismus schreibt die Kreuzzeitung: Der § 91 der (böhmischen) Kirchenverfassung vom Jahre 1861 lautet: Die Kirche fordert von dem Geistlichen, ... daß er mit einem musterhaften christlichen Lebenswandel der Gemeinde, die ihm anvertraut ist, vorleuchte und überall den Ernst und die Würde seines Amtes behaupte. — Die Redaktionsverfassung der Kreuzzeitung scheint ähnliches von ihrem Chefredakteur nicht zu fordern.

Oesterreich-Ungarn.

Der Streit um den Nuntius.

Wien, 7. Mai. In hiesigen maßgebenden Kreisen bleibt die Ansicht vorherrschend, daß trotz der Zurückweisung der Demission der Minister des Aeußeren, Graf Kalnoky, nicht mehr lange im Amt verbleiben, sondern über kurz oder lang seine Demission erneuert und aufrecht erhalten wird, umso mehr, als zu erwarten steht, daß die jetzt in Ungarn am Ruder befindliche Partei ihre Angriffe auf den Leiter des Auswärtigen Amtes fortsetzen und neuerliche Konflikte herbeiführen werde, die für Ungarn folgenschwer sein dürften.

In vatikanischen Kreisen wird nach Meldungen aus Rom behauptet, daß der Papst den Nuntius Agliardi infolge der Affaire Kalnoky-Banffy zum Kardinal ernennen werde. Außer dem erwartet man in maßgebenden Kreisen, daß Agliardi als Vertreter des heiligen Stuhles für die erkrankte Kränkung seitens der österreichischen Regierung eine Genugthuung zu erhalten habe. — Das wäre viel verlangt, nachdem sich der Nuntius zuerst unbenutzen in die Verhältnisse eines fremden Landes eingemischt hat.